

AUFKLÄRUNG IM LÄNDLE

DIE DEBATTE ÜBER DEN BILDUNGSPLAN 2015

Seit November 2013 tobt die Debatte über ein Arbeitspapier der Landesregierung von Baden-Württemberg für die Bildungsplanreform 2015. Es formierten sich Gegner_innen der Reform aus dem christlich-fundamentalistischen und rechten Spektrum auf der einen Seite und Befürworter_innen aus Initiativen von Lesben, Schwulen, Trans- und Interpersonen, Gruppen aus dem linken und antifaschistischen Spektrum sowie Bürgerlichen auf der anderen Seite.

Das Arbeitspapier der Landesregierung¹ umfasst fünf Leitlinien: Berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie Verbraucherbildung [sic!]. Diese Leitlinien sollen den zukünftigen Lehrplan von der ersten Schulklasse an durchziehen. Im Arbeitspapier befindet sich hinter jedem dieser Leitlinien-Abschnitte der Zusatz, dass dies unter Berücksichtigung von Akzeptanz sexueller Vielfalt umgesetzt werden soll.

Ein Realschullehrer startete daraufhin eine Petition mit dem Titel „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens.“² In der Petition wird kritisiert, dass die Akzeptanz von sexueller Vielfalt auf eine „pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung“ hinziele. In den Forderungen spiegeln sich Argumentationslinien von Evangelikalen und anderen Anhänger_innen der heteronormativen Kleinfamilie wieder. Neben Ehe und Familie als „demokratische Errungenschaft“, die von anderen Lebensweisen gefährdet werde – es wird sogar eine Bedrohung der ganzen Gesellschaft herbei fantasiert – wird auf der anderen Seite eine hohe Suizidgefährdung von homosexuellen Jugendlichen angesprochen. Suizidgefährdung wird dabei nicht als Reaktion auf Ausgrenzung und Diskriminierung gesehen, sondern als Folge dessen, dass homosexuelle Menschen mit ihren Empfindungen nicht zurecht kämen. Aus diesem Grund wird auch von „homosexuell lebenden Menschen“ gesprochen: Das sei etwas, was man sich als Lebensstil aussuchen könne. Zudem befürchten die Gegner_innen, dass „verschiedene Sexualpraktiken“ im Unterricht thematisiert werden. So wird in der Petition ein „sofortiger Stopp einer propagierenden neuen Sexualmoral“ gefordert.

Die Ideologie des Regenbogens

Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kind, sei gefährdet, wenn man die Lebensstile von LSBTTIQ als gleichwertig betrachte. Der Verfasser der Petition beruft sich sogar auf das Grundgesetz (GG) - mit der Universalität des Artikels 1 nimmt er es allerdings nicht so genau: „Aus der gleichen Würde jedes Menschen folgt noch nicht, dass jedes Verhalten als gleich gut und sinnvoll anzusehen ist.“ Und das ist nicht der einzige Grundgesetzbezug, den er zu seinen Gunsten bemüht: Der Schutz von Ehe und Familie werde im GG garantiert und

die Erziehung der Kinder als Recht der Eltern festgeschrieben. Dazu gehöre auch, dass Eltern die Möglichkeit haben sollen, die Sexualerziehung ihrer Kinder ohne Einfluss von Staat und Schule auszuüben.

In der Petition wird angeprangert, dass „in der Verankerung der Leitprinzipien [...] Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle abgeleitet [werden], die es nach dem Grundgesetz nicht gibt“. Und am Ende der Petition wird nochmal darauf hingewiesen, dass andere Formen von Ausgrenzung verschwiegen werden. Dies sei gerade deswegen verwerflich, weil, im Gegensatz zu anderen Diskriminierungsformen, die Diskriminierung auf Grund von sexueller Identität im Bereich Bildung am niedrigsten sei. Deutlich wird, dass es sich laut Petition bei Homosexualität bzw. sexueller Vielfalt um eine Lebensweise handele, die nicht gleichgestellt werden dürfe. Hinzu kommt die Angst, ein „Darüber-Reden“ könne dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler diese „Neigungen“ an sich selbst entdecken könnten. Auch die Kirchen in Baden-Württemberg haben sich zum Bildungsplan geäußert. In einer öffentlichen Erklärung heißt es: „Jeder Form der Funktionalisierung, Instrumentalisierung, Ideologisierung und Indoktrination gilt es zu wehren. Dies gilt nicht zuletzt im sensiblen Bereich der sexuellen Identität und damit verbundener persönlicher und familiärer Lebensentwürfe.“³ Die Petition wurde Ende Januar dem Petitionsausschuss des Landtages mit knapp über 190.000 Stimmen übergeben. Wobei sich hier die Mehrzahl der Unterzeichner_innen außerhalb Baden-Württembergs befindet und sogar einige Wenige aus Ländern außerhalb Deutschlands und Europas unterzeichnet haben. Neben der Homepage des Petitionsstellers kommt ein großer Teil der Unterstützer_innen über die Internetseite Politically Incorrect. Ebenso andere einschlägige rechts-konservative Seiten, wie zum Beispiel die Website der Jungen Freiheit oder kath.net, werden bei der Petition mit aufgeführt. Aber auch Mainstreamseiten, wie spiegel.de, verschafften den Petitionsaktivist_innen Stimmen.

Ist Heterosexualität heilbar?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg hat Lernmaterialien zum Thema „Lesbische und schwule Lebensweisen“ entwickelt, in denen ein Fragebogen enthalten ist, der in der Gesellschaft stereotype Vorurteile gegenüber homosexuellen Jugendlichen verkehrt und zuspitzt. Dort werden Fragen gestellt, wie zum Beispiel: „Ist es möglich, dass deine Heterosexualität nur eine Phase ist und dass du das überwinden wirst?“ oder „Wissen deine Eltern, dass du heterosexuell bist? Wissen es deine Freundinnen und Freunde? Wie haben sie reagiert?“ Von Kritiker_innen wurde dieser Fragebogen nicht als Satire bzw. kritische Auseinandersetzung mit den Vorurteilen verstanden, denen homosexuelle Jugendliche ausgesetzt sind, sondern als Ausdruck dessen, dass die „Homo-Lobby“ Elektroschocktherapie für Heterosexuelle fordere. Aktuell schreiben die Gegner_innen des Bildungsplans, dass die GEW von dieser Position abgerückt sei und nun ihr „Scheitern“ eingestehen. Es gehe nun

nicht mehr ausschließlich um die Rechte von LSBTTIQ, sondern es sollten alle Formen der Ausgrenzung aufgenommen werden. Zitiert wird hier der erste Satz des Dringlichkeitsantrages der GEW vom 01.02.2014 bei der Bezirkskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): „Schule muss ein Ort sein, an dem alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund, mit unterschiedlicher Religion und Weltanschauung, aus allen Kulturen, in jedem Alter, jeglicher ethnischen Herkunft, jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität, gemeinsam leben und lernen.“⁴ Liest man den Antrag komplett, wird schnell deutlich, dass die GEW sich weiterhin in vollem Umfang hinter den Bildungsplanentwurf stellt. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Gegner_innen des Bildungsplans ein falsches Bild der gesellschaftlichen Reaktion zeichnen und suggerieren wollen, dass sich weitere Gruppen gegen den Bildungsplan stellen.

Wer schützt unsere Kinder?

In Stuttgart fanden Demonstrationen gegen den Bildungsplan statt. Tenor war, dass „die Kinder“ durch den Bildungsplan gefährdet werden. Aus sexueller Vielfalt wird dann schnell „Zwangssexualerziehung“ und es wird betont, dass die Erziehung der Kinder in Verantwortung der Eltern liege und der Staat da nicht eingreifen dürfe. Teilnehmer_innen der Demonstrationen skandierten: „Schützt unsere Kinder“. Sie befürchten, dass Kinder „desorientiert“ würden und fragen panisch, wie ein Land fortbestehen könne, wenn es „moralisch so zersetzt“ sei. Die Angst vor dem Verfall der Gesellschaft durch mangelnden Nachwuchs, von rechten Strömungen auch als „Volkstod“ bezeichnet, kann man aus solchen Aussagen herauslesen. Kein Wunder, dass Evangelikale und rechts-konservative Schulter an Schulter marschieren. Die Forderung, Kinder zu schützen, wird von diesen beiden Spektren in Bezug auf sexualisierte Gewalt formuliert und zur Verteidigung der heteronormativen Kleinfamilie genutzt. Durch die Darstellung der Schutzbedürftigkeit der Kinder wird verdeckt, dass es allzu oft in einer patriarchalen und heterosexistischen Gesellschaft zu Gewalt gegen Kinder und Frauen in eben diesen hochgepriesenen Familien kommt. Mit ähnlichen Argumentationen wird auch in Nordrhein-Westfalen seit Anfang des Jahres demonstriert. Das Anliegen ist schwerpunktmäßig die Ablehnung von Sexualerziehung in der Grundschule. Doch das Themenspektrum wird erweitert um die Aufklärung über sexuelle Vielfalt und der Betonung, dass somit auch „Sado-Maso, Sodomie, Nekrophilie und noch unbekanntere Versionen ‚sexueller Vielfalt‘“⁵ unterrichtet werden könnten. In dieser Debatte wird schnell klar, dass sich evangelikale und

konservative Strömungen in der breiten Öffentlichkeit mit ihren Positionen etablieren wollen und von Einigen als gleichberechtigte Diskussionspartner_innen dargestellt werden. Eine Entwicklung, der es entschieden zu begegnen gilt.



Foto: Witz / CC-Lizenz: bu-sa

Keine Toleranz für Evangelikale

Wer andere Lebensentwürfe als den der heterosexuellen Kleinfamilie nicht akzeptieren kann, ist homophob. Daran ändert auch ein Lippenbekenntnis zur „Toleranz“ nichts. Es ist offensichtlich, dass die Gegner_innen des Bildungsplans aus den Reihen von fundamentalistischen Christ_innen und „Lebensschützer_innen“ kommen und Unterstützung von Anhänger_innen rechts-konservativer Gruppen erhalten. Besonders in Baden-Württemberg gibt es viele evangelikale Strukturen. Der Einfluss dieser Strömungen wird auch in der emanzipatorischen linken Szene oft unterschätzt. Es bleibt abzuwarten, ob christliche Fundamentalist_innen und Erzkonservative ihren Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse geltend machen können und sexuelle Vielfalt aus den Leitlinien des Bildungsplans gestrichen wird. Wenn sich ausreichend Widerstand einer emanzipatorischen Gesellschaft gegen diese reaktionären Stimmen formiert, kann dies aber noch verhindert werden.

ProChoice Marburg ist eine Gruppe, die für die Abschaffung des § 218 StGB kämpft und den Umtrieben von sogenannten Lebensschützer_innen entgegentritt.

- ¹ Vgl. http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf (Stand aller Links: 20.03.2014).
- ² Gabriel Stängle, Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens, <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>.
- ³ Evangelischer Oberkirchenrat, Pressemitteilung vom 10.01.2014, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-01/erklarung-bildungsplan-kirchen-bawue.pdf>.
- ⁴ Doro Moritz, Dringlichkeitsantrag vom 01.02.2014, https://www.gew-bw.de/Binaries/Binary35571/Antrag_GEW_Sexuelle_Vielfalt.pdf.
- ⁵ Queer.de, Aufklärungsgegner demonstrieren erneut in Köln, Artikel vom 19.03.2014, http://www.queer.de/detail.php?article_id=21237.